



## Medienmitteilung

Bern, 14. Juni 2013

Jahrestagung der Kampagne ‚Recht ohne Grenzen‘

## Präventive Massnahmen könnten Menschenleben retten

**An der heutigen Jahrestagung der Kampagne ‚Recht ohne Grenzen‘ haben über 180 Personen aus Politik Wirtschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft teilgenommen. Anhand von konkreten Fallbeispielen und mit der Präsentation internationaler „Good Practices“ zeigten verschiedene ReferentInnen auf, wie wichtig eine menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflicht für Unternehmen sein kann. Auf dem Schlusspodium hielten PolitikerInnen aus verschiedenen Parteien fest, dass Handlungsbedarf besteht.**

Vor rund einem Jahr wurde die Petition ‚Recht ohne Grenzen‘ mit 135'000 Unterschriften eingereicht. Seither haben die Aussenpolitischen Kommissionen die Petition diskutiert und Bundesrat und Parlament hatten mehrmals Gelegenheit zur Forderung nach klaren Regeln für Konzerne Stellung zu nehmen. Das Thema ist in der Politik angekommen, die Problematik wird anerkannt – doch Taten fehlen.

Während Bundesrat und Parlament abwarten, kommt es weiterhin Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung durch Schweizer Konzerne. Father Joy Pelino, Pfarrer aus der Gemeinde Tampakan in den Philippinen und Dr. Brigitte Hamm, Institut für Entwicklung und Frieden Duisburg, schilderte eindrücklich die Versäumnisse der Firma Xstrata bei der Planung einer Kupfermine – und die entsprechenden Folgen. Christoph Wiedmer, Gesellschaft für bedrohte Völker erläuterte, wie die Schweizer Goldraffinerie Valcambi in den schmutzigen Abbau von Gold in Peru verstrickt ist. Seine Ausführungen wurden von Verónica Mendoza bekräftigt, die sich als Abgeordnete im Peruanischen Parlament für Menschenrechte im Bergbau einsetzt.

Mark B. Taylor, seit vielen Jahren als Berater und Forscher im Bereich Menschenrechte und Wirtschaft tätig, präsentierte die kürzlich erschienene Studie „Human Rights Due Diligence: The Role of States“. Er erläuterte, wie der Staat mit klaren Regeln präventiv dafür sorgen kann, dass multinationale Unternehmen Strategie und Massnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen oder Umweltverschmutzung einführen müssen.

Für Chantal Peyer (Brot für alle) und Michel Egger (Alliance Sud) von der Koalition ‚Recht ohne Grenzen‘ war klar: Gute Beispiele gibt es zu Genüge, jetzt muss gehandelt werden. Der Ball liege bei der Politik. Im anschliessenden Gespräch diskutierten Danièle Gosteli Hauser (Amnesty CH) und Thomas Pletscher (Economiesuisse) mit den PolitikerInnen Doris Fiala (FDP), Ursula Haller (BDP) und Carlo Sommaruga (SP). Die Anwesenden waren sich einig, dass Handlungsbedarf besteht, sekundiert von Dominique Biedermann (Direktor Stiftung Ethos), der in seiner Einführungsrede auf aktuelle Lücken in der Rechtslage hinwies. Ursula Haller betonte, dass die Einführung einer Sorgfaltspflicht im Schweizer Gesetz



absolut notwendig sei. Für die Wirtschaft wäre eine solche Regelung eine Chance – keine Bedrohung. Carlo Sommaruga erinnerte daran, dass gerade für Menschen in Staaten mit schwacher Rechtsstaatlichkeit das Engagement der Sitzstaaten von Unternehmen unabdingbar sei.

En conclusion, Florian Wettstein, directeur de l'Institut d'éthique économique de l'Université de Saint-Gall, a exprimé le vœu que des chefs d'entreprise suisses aient enfin le courage de s'engager pour une obligation de diligence en matière de droits humains.

Zum Schluss der Tagung rief Prof. Dr. Florian Wettstein, Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen CEOs von Schweizer Unternehmen dazu auf, endlich den Mut zu haben, sich für eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht zu engagieren.

**Für Rückfragen:**

Andreas Missbach, Recht ohne Grenzen / EvB, Tel. 044 277 70 07, [amissbach@evb.ch](mailto:amissbach@evb.ch)  
Michel Egger, Koordinator Droit sans frontières, Tel. 079 599 97 30, [michel.egger@alliancesud.ch](mailto:michel.egger@alliancesud.ch)

„**Recht ohne Grenzen**“ ist ein Zusammenschluss von 50 Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, Umwelt- und Frauenverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und kritischen Aktionärsvereinigungen. Sie setzt sich für klare Regeln für international tätige Unternehmen ein, damit diese weltweit die Menschenrechte und Umweltstandards respektieren müssen. [www.rechtohnegrenzen.ch](http://www.rechtohnegrenzen.ch).